



**Bundesgesetz** *Vorentwurf*  
**über die Verminderung der Risiken durch den Einsatz von Pestiziden**  
**(Änderung des Chemikaliengesetzes und des Landwirtschaftsgesetzes)**

**vom ...**

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*  
nach Einsicht in den Bericht der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des  
Ständerates vom ...<sup>1</sup>  
und in die Stellungnahme des Bundesrates vom [Datum]<sup>2</sup>,  
*beschliesst:*

I

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

**1. Chemikaliengesetz vom 15. Dezember 2000<sup>3</sup>**

*Art. 11a* Offenlegungspflicht für Biozidprodukte

<sup>1</sup> Wer Biozidprodukte in Verkehr bringt, ist verpflichtet, dem Bund Daten über das Inverkehrbringen anzugeben.

<sup>2</sup> Der Bundesrat regelt insbesondere, welche Daten zu erfassen und wo diese zu melden sind.

*Art. 11b* Zentrales Informationssystem zur Verwendung von Biozidprodukten

<sup>1</sup> Der Bund betreibt ein Informationssystem zur Erfassung der Verwendung von Bioziden durch berufliche und gewerbliche Anwender.

<sup>2</sup> Wer beruflich oder gewerblich Biozidprodukte anwendet, muss sämtliche Anwendungen im Informationssystem erfassen.

SR ...

- 1 BBl 2020 ...
- 2 BBl 2020 ...
- 3 SR 813.1

<sup>3</sup> Im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben können die folgenden Stellen und Personen Daten im Informationssystem online abrufen:

- a) die betroffenen Bundesstellen: zur Unterstützung des Vollzugs in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich;
- b) die kantonalen Vollzugsbehörden und die von ihnen zur Ausführung von Kontrollen beauftragten Stellen: zur Erfüllung der Aufgaben in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich;
- c) der Bewirtschafter oder die Bewirtschafterin, für Daten, die ihn oder sie betreffen;
- d) Dritte, die über eine Ermächtigung des Bewirtschafters oder der Bewirtschafterin verfügen.

*Art. 25a* Verminderung der Risiken durch den Einsatz von Biozidprodukten

<sup>1</sup> Die Risiken durch den Einsatz von Biozidprodukten für Mensch, Tier und Umwelt sollen vermindert und die Qualität des Trinkwassers, der Oberflächengewässer und des Grundwassers soll verbessert werden.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt:

- a) die massgeblichen Risikobereiche
- b) Werte zur Verminderung der Risiken
- c) die Methode, mit der die Erreichung der Werte berechnet wird.

## **2. Landwirtschaftsgesetz vom 29. April 1998<sup>4</sup>:**

*Art. 6b* Verminderung der Risiken durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln

<sup>1</sup> Die Risiken durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln für Mensch, Tier und Umwelt sollen vermindert und die Qualität des Trinkwassers, der Oberflächengewässer und des Grundwassers soll verbessert werden. Die Risiken für die Bereiche Oberflächengewässer und naturnahe Lebensräume sowie die Belastung im Grundwasser müssen bis 2027 um 50 Prozent im Vergleich zum Mittelwert der Jahre 2012 bis 2015 vermindert werden.

<sup>2</sup> Der Bundesrat legt die Methode fest, mit der die Erreichung der Werte nach Absatz 1 berechnet wird.

*Minderheit (Thorens Goumaz, Levrat, Rechsteiner Paul, Zanetti Roberto)*

<sup>1</sup> ... verbessert werden. Die Risiken für die Bereiche Oberflächengewässer und naturnahe Lebensräume sowie die Belastung im Grundwasser müssen bis 2027 um 50 Prozent, bis 2035 um 70 Prozent im Vergleich zum Mittelwert der Jahre 2012 bis 2015 vermindert werden.

<sup>4</sup> SR 910.1

<sup>2</sup> Der Bundesrat legt einen Indikator fest, mit dem die Erreichung der Werte nach Absatz 1 berechnet wird. Mit diesem Indikator wird der Toxizität und dem Einsatz der verschiedenen Pflanzenschutzmittel Rechnung getragen. Der Bundesrat erarbeitet zu diesem Zweck ein angemessenes Informationssystem.

<sup>3</sup> Der Bundesrat kann für weitere Risikobereiche Werte zur Verminderung der Risiken definieren.

<sup>4</sup> Die Branchenorganisationen ergreifen risikobasiert abgestufte Massnahmen und erstatten dem Bund regelmässig Bericht über die Art und Wirkung der von ihnen getroffenen Massnahmen.

*Minderheit (Germann, Bischof, Ettlín Erich, Heggin Peter, Levrat, Noser)*

<sup>4</sup> Die Branchenorganisationen ergreifen Massnahmen zur Risikoreduktion und erstatten dem Bund regelmässig Bericht über die Art und Wirkung der von ihnen getroffenen Massnahmen.

<sup>5</sup> Der Bundesrat kann die Branchenorganisationen bestimmen.

<sup>6</sup> Ist absehbar, dass die Verminderungsziele nach Absatz 1 nicht erreicht werden, so ergreift der Bundesrat spätestens zwei Jahre vor Ablauf der Frist die erforderlichen Massnahmen, insbesondere durch den Widerruf der Genehmigung besonders risikoreicher Wirkstoffe.

*Art. 164b*      Offenlegungspflicht für Pflanzenschutzmittel

<sup>1</sup> Wer Pflanzenschutzmittel in Verkehr bringt, ist verpflichtet, dem Bund Daten über das Inverkehrbringen zu melden.

<sup>2</sup> Der Bundesrat regelt insbesondere, welche Daten zu erfassen und wo diese zu melden sind.

*Art. 165<sup>bis</sup>*      Zentrales Informationssystem zur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln

<sup>1</sup> Der Bund betreibt ein Informationssystem zur Erfassung der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln durch berufliche und gewerbliche Anwender.

<sup>2</sup> Wer beruflich oder gewerblich Pflanzenschutzmittel anwendet, muss sämtliche Anwendungen im Informationssystem erfassen.

<sup>3</sup> Im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben können die folgenden Stellen und Personen Daten im Informationssystem online abrufen:

- a) die betroffenen Bundesstellen: zur Unterstützung des Vollzugs in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich;
- b) die kantonalen Vollzugsbehörden und die von ihnen zur Ausführung von Kontrollen beauftragten Stellen: zur Erfüllung der Aufgaben in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich;
- c) der Bewirtschafter oder die Bewirtschafterin, für Daten, die ihn oder sie betreffen;

- d) Dritte, die über eine Ermächtigung des Bewirtschafters oder der Bewirtschafterin verfügen.

*Art. 165g* Ausführungsbestimmungen

Der Bundesrat regelt für die Informationssysteme nach den Artikeln 165c-165<sup>bis</sup> insbesondere:

...

II

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.